



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 115. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Oktober 2021, 10 Uhr,
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Beate Raudies (SPD)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)
Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Jörg Nobis (Zusammenschluss AfD)

Fehlende Abgeordnete

Tobias Koch (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Geschäftsbericht 2020 der GMSH	4
	Umdruck 19/6037	
2.	Corona-Sonderfonds für die Messebranche	10
	Vorlage des Wirtschaftsministeriums Umdruck 19/6469	
3.	Verstärkung der Haushaltsmittel für die Telefonhotline „Corona“	11
	Vorlage der Staatskanzlei Umdruck 19/6327	
4.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Schleswig-Holstein	12
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3249	
5.	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Digitalisierung und Bereitstellung von offenen Daten und zur Ermöglichung des Einsatzes von datengetriebenen Informationstechnologien in der Verwaltung	13
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3267	
6.	Information/Kenntnisnahme	14
	Umdruck 19/6277 - Ökolandbauförderung Umdruck 19/6288 - Baggergut aus dem Hamburger Hafen Umdrucke 19/6295 und 19/6346 - Abfluss der Coronamittel Umdruck 19/6328 - Umsetzungsstand von IT-Maßnahmen Umdruck 19/6347 - Vertretungsfonds Umdruck 19/6372 - Akteneinsichtsportale Umdruck 19/6386 - Vereinfachung der Steuererklärung Umdruck 19/6396 - Amtsgericht Pinneberg Umdruck 19/6397 - Verwaltungsvereinbarung „Brückenkomponente Albanien“ Umdruck 19/6441 - Abrechnung von IT-Leistungen Umdruck 19/6350 und vertraulicher Umdruck 19/6349 - ÖPNV- Rettungsschirm vertrauliche Umdrucke 19/6330 und 19/6334 - UKSH vertraulicher Umdruck 19/6431 - Ausschreibung Unterflurradsatzdrehbank	
7.	Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Umdrucke 19/6327 (Telefonhotline Corona), 19/6330 und 19/6334 (UKSH), 19/6420 (Einzelplan 06), 19/6423 (Einzelplan 09) und 19/6431 (URD) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten; über die Vertraulichkeit von Umdruck 19/6349 soll in der nächsten Sitzung entschieden werden.

1. Geschäftsbericht 2020 der GMSH

[Umdruck 19/6037](#)

Herr Eisoldt, Geschäftsführer der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH), stellt den Geschäftsbericht für das Jahr 2020 vor. Er schickt voraus, dass die Coronapandemie das Geschäftsjahr auch bei der GMSH geprägt habe. Durch die Priorisierung von laufenden Projekten sei es gelungen, diese ohne große Einbrüche umzusetzen. Die GMSH habe bei einigen dieser Projekte auch als Auftraggeber fungiert. Die GMSH sei auch während der Pandemie ein verlässlicher Partner geblieben.

Die Anlaufphase zu Beginn neuer Projekte sei dagegen durch den Wechsel der Belegschaft ins Homeoffice erschwert worden. Die konzeptionelle Arbeit, die in dieser Projektphase anfallt, sei durch die eingeschränkte Kommunikation erschwert worden. Dadurch sei es der GMSH nicht möglich gewesen, so viele neue Projekte anzuschieben, wie sie sich selbst vorgenommen habe. Dennoch befinde sich das Volumen der Geschäftstätigkeit auch im Geschäftsjahr 2020 auf einem nach wie vor hohen Niveau. Bei den laufenden Projekten bestünden die größten Probleme im Bereich der Logistik.

Die GMSH habe dazu beigetragen, dass die pandemiebedingten Bedarfe der öffentlichen Infrastruktur gedeckt worden seien – etwa durch die Beschaffung von Masken und Tests für öffentliche Einrichtungen wie Schulen. Durch die Umsetzung dieser Beschaffungsmaßnahmen ergebe sich ein Plus von 600.000 € für das Geschäftsjahr 2020. Zwar strebe man grundsätzlich eine schwarze Null an, doch der Bereich der Beschaffung arbeite unternehmerisch – etwa mit Margen –, sodass es zu diesem Gewinn ohne Gewinnerzielungsabsicht gekommen sei.

Alle drei Geschäftsbereiche der GMSH - Bundesbau, Landesbau und Bewirtschaftung - hätten in den letzten fünf Jahren deutlich zugelegt. Er erwarte, dass das Geschäftsvolumen auch in den nächsten Jahren auf hohem Niveau verbleiben werde.

Zum Bereich Personal erklärt Herr Eisoldt, aktuell gebe es in der GMSH knapp 1.700 Stellen. In den kommenden Jahren sei eine Phase der Konsolidierung geplant. In den vergangenen Jahren habe es Zuwächse von 5 bis 7 % pro Jahr gegeben. Vor dem Hintergrund anstehender Altersabgänge und des Fachkräftemangels begrüße er die Einrichtung des neuen Fachhochschulstudiengangs Architektur in Kiel. Die GMSH sei landesweit der größte Arbeitgeber für Architektinnen und Architekten. Große Altersabgänge stünden in den nächsten fünf bis zehn Jahren an.

Als einen besonders großen Einschnitt für die Tätigkeit der GMSH im Berichtszeitraum nennt Herr Eisoldt die im Mai 2020 verabschiedete Klimaschutzstrategie Schleswig-Holstein für die Bereiche Bau und Bewirtschaftung. Die Landesstrategie gebe einen guten Rahmen, um bereits während des Bauens auf einen klimaneutralen Betrieb der Gebäude abzustellen. Im Kern gehe es darum, dass die Neubauten künftig komplett mit regenerativen Energien betrieben werden könnten. Für die Energiebilanz eines Gebäudes sei entscheidend, dass der Bau und die Bewirtschaftung gemeinsam betrachtet würden. Darum sei für die kommenden Jahre geplant, diese bislang getrennten Bereiche – Bau und Bewirtschaftung – miteinander zu verzahnen.

Herr Eisoldt kommt auf die neuen Büroflächen in den Räumlichkeiten der ehemaligen HSH Nordbank zu sprechen, die seit Juli 2021 die neue Zentrale der GMSH beherbergten. Die Arbeit sei dort mit einem flächendeckenden Desksharing-System organisiert. Auf dem Weg zu dieser neuen Form der Arbeitsorganisation habe sich die Coronapandemie als Katalysator erwiesen. Die komplette IT-Struktur der GMSH sei inzwischen auf mobiles Arbeiten eingestellt.

Die Erfahrung der letzten vier Monate seit dem Umzug in die neuen Räumlichkeiten zeige, dass das System des Desksharings nur dann funktioniere, wenn die Arbeitsplätze komplett standardisiert seien, damit ein reibungsloser Wechsel von einem Schreibtisch an einen anderen möglich sei. Es herrsche keine freie Platzwahl im gesamten Gebäude, sondern die Beschäftigten seien an sogenannte Teamflächen gebunden. Gemeint seien damit Raumeinhei-

ten, die 15 bis 20 Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stünden. Auf der Teamfläche könnten sich die Beschäftigten ihren Arbeitsplatz für den jeweiligen Tag auswählen. Akten könnten auf der jeweiligen Teamfläche fest untergebracht werden, sodass es nicht nötig sei, diese im Gebäude herumzutragen. Da die Kolleginnen und Kollegen auf der Teamfläche immer dieselben seien, bilde diese Fläche die „räumliche Heimat“ am Arbeitsplatz.

Weil die standardisierten Arbeitsplätze eine „kühle Atmosphäre“ bewirkten, sei jedes Team aufgerufen, seine jeweilige Bürofläche gemeinsam gemütlich herzurichten. Er hoffe, dass die Beschäftigten den Wechsel zwischen mehreren Arbeitsplätzen nicht als Belastung empfinden.

Das Einsparen von festen Arbeitsplätzen ermögliche es, den Umfang der Kommunikationsflächen zu verdreifachen – bei einer Einsparung von 10 % der Gesamtfläche. Aktuell teilten sich rund 800 Beschäftigte 570 Arbeitsplätze.

Die GMSH habe sich dazu entschieden, die Arbeit im Homeoffice und das mobile Arbeiten nicht länger zu beschränken. Die Arbeitsorganisation liege in der Hand der Teams und der Führungskräfte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten den Wunsch geäußert, ein bis drei Tage pro Woche im Homeoffice zu arbeiten. Es gebe allerdings auch einzelne Kolleginnen und Kollegen, die sich fast vollständig ins Homeoffice zurückzögen. Das könne für die Kommunikation im Unternehmen problematisch sein.

Die GMSH sei bundesweit eines der wenigen Unternehmen, die den Weg des Desksharings konsequent beschritten. Selbst die Geschäftsführung besitze keinen eigenen Arbeitsplatz. Das Desksharing könne ein wichtiger Baustein sein, um Büroflächen im Sinne des Klimaschutzes effizienter auszulasten.

Das Geschäftsjahr 2020 sei erfolgreich gewesen, resümiert der GMSH-Geschäftsführer.

Auf Fragen der Abg. Raudies antwortet Herr Eisoldt, dass die GMSH Bewerberinnen und Bewerbern, die eine lange Anfahrt auf sich nehmen müssten, Bewerbungsgespräche auch digital anbiete. Der Regelfall solle aber nach wie vor das Vorstellungsgespräch in Präsenz sein. Aktuell seien 100 bis 110 Stellen vakant. Auch Krisengespräche mit Beschäftigten sollten - wenn irgendmöglich - weiterhin im persönlichen Kontakt stattfinden.

Auf eine weitere Frage von Abg. Raudies antwortet er, die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Klimaschutzstrategie in den Bereichen Bau und Bewirtschaftung seien sehr umfassend. Sie erschöpften sich nicht im Aussetzen von Bienenvölkern oder Einrichten von Nistkästen. Er kündigt an, eine detaillierte Aufstellung der Maßnahmen nachzureichen.

Auf Fragen von Abg. Harms antwortet Frau Dr. Torp, Staatssekretärin im Finanzministerium, dass eine Broschüre zur Biodiversität in Liegenschaften auf der Homepage des Finanzministeriums abrufbar sei.

Herr Eisoldt ergänzt mit Blick auf die Fragen von Abg. Harms, es gebe aktuell noch keine Betriebsdaten zu klimaneutralen Neubauten. Der Nachweis der Wirtschaftlichkeit solcher Bauten sei darum noch schwierig. Das Finanzministerium entscheide aktuell anhand von Prognosen über die Wirtschaftlichkeit von neuen Gebäuden. Er sagt zu zu prüfen, ob bereits Daten zum Ist und Soll bei der Energiebilanz der Gebäude vorlägen. Die Landeshaushaltsordnung sehe vor, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit als Faktoren zu berücksichtigen. Neben der Energiebilanz würden aktuell die CO₂-Emissionen als Faktor diskutiert.

Es gebe keine online abrufbare Liste der aktuell laufenden oder geplanten Bauvorhaben, erwidert Herr Eisoldt auf eine weitere Frage von Abg. Harms. Eine solche Liste sei kaum zu pflegen, denn im Landes- und Bundesbau gebe es Hunderte – auch kleinere – Projekte. Menschen, die von einer Baumaßnahme direkt betroffen seien, etwa weil sie in einem renovierungsbedürftigen Gebäude arbeiteten, erführen rechtzeitig von Sanierungsplänen, nämlich dann, wenn eine Maßnahme konkret werde. Für die GMSH seien grundsätzlich die Ministerien und nicht die tatsächlichen Nutzer der Gebäude Ansprechpartner. Er sagt zu, darüber nachzudenken, wie die Kommunikation auch in Richtung der Gebäudenutzer transparenter werden könne.

Auf eine Frage von Abg. Nobis antwortet der Leiter der GMSH, dass er Zahlen zu den Betriebskosten der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster und zu den für die Aufnahme von Geflüchteten vom Land vorgehaltenen Containern nachreichen werde. Auf eine weitere Frage von Abg. Nobis antwortet er, Insektenbeleuchtung sei ein umfassendes Thema, zu dem es eine Richtlinie gebe. Er werde dem Ausschuss die entsprechende Richtlinie zur Verfügung stellen.

Auf Fragen von Abg. Plambeck antwortet Herr Eisoldt, dass die Preissteigerungen im Baubereich nicht durchgängig alle Bereiche betreffen. In der Folge gebe es Bauprojekte, die trotz genauer Kostenkalkulation im Vorfeld dreimal so teuer ausfielen wie geplant. Andere Projekte blieben dagegen im kalkulierten Kostenrahmen. Im Schnitt liege die Preissteigerung im Baubereich bei 5 bis 7 %. Steigende Baupreise und die aktuellen Probleme mit der Logistik würden die Branche voraussichtlich auch in den kommenden Jahren weiter herausfordern.

Auf Nachfragen der Abg. Raudies zu den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen der kommenden Jahre antwortet Herr Eisoldt, es gebe eine enge Abstimmung mit dem Finanzministerium und in Fragen des Hochschulbaus mit dem Wissenschaftsministerium. Das Ergebnis seien sogenannte Invest-Listen. Diese würden bislang nicht veröffentlicht. Sie enthielten bereits eine genaue Planung anstehender Sanierungsmaßnahmen, auch zur Finanzierung – von der Planungsphase bis zum fertigen Bau. Einige Projekte befänden sich noch in der Planung, bei anderen ergebe sich im Laufe der Sanierung zusätzlicher Sanierungsbedarf, etwa wenn beim Austausch alter Fenster die marode Technik auffalle.

Auf weitere Fragen von Abg. Raudies antwortet Staatssekretärin Dr. Torp, aktuell würden für die Liegenschaften des Landes sogenannte Gebäudesteckbriefe erstellt, die über die Energiebilanz der Gebäude Auskunft erteilten. Diese sollten zukünftig in einer sogenannten Gebäudedatenbank gespeichert werden, um einen Überblick über den energetischen Zustand der Liegenschaften zu bieten. Sie werde prüfen, wie solche Angaben künftig transparenter dargestellt werden könnten.

Auf eine Frage von Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, räumt Herr Eisoldt ein, er könne den Anteil der steigenden Baukosten an der Steigerung der Bauvolumina nicht genau beziffern. Er sagt zu, dies für die letzten drei bis vier Jahre zu ermitteln.

Auf eine weitere Frage von Präsidentin Dr. Schäfer antwortet er, Gebäude würden grundsätzlich nur dann mit Blick auf eine energetische Sanierung unter die Lupe genommen, wenn sie bereits sanierungsbedürftig seien und bauliche Maßnahmen begonnen hätten.

Auf Nachfrage von Präsidentin Dr. Schäfer sagt Herr Eisoldt zu, die Planungskosten zur Sanierung des Amtsgerichts Pinneberg zwischen 2016 und 2021 nachzuliefern.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der GMSH zur Kenntnis.

2. Corona-Sonderfonds für die Messebranche

Vorlage des Wirtschaftsministeriums
[Umdruck 19/6469](#)

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

3. Verstärkung der Haushaltsmittel für die Telefonhotline „Corona“

Vorlage der Staatskanzlei

[Umdruck 19/6327](#)

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3249](#)

(überwiesen am 24. September 2021 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Finanzausschuss**; **Verfahrensfragen**)

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses an, der eine schriftliche Stellungnahme der kommunalen Landesverbände einholen will.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Digitalisierung und Bereitstellung von offenen Daten und zur Ermöglichung des Einsatzes von datengetriebenen Informationstechnologien in der Verwaltung

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3267](#)

(überwiesen am 23. September 2021 an den **Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss**, den Finanz- und Innen- und Rechtsausschuss; **Verfahrensfragen**)

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Digitalisierungsausschusses an, der eine schriftliche Anhörung zu dem Thema durchführen wird.

6. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/6277](#) - Ökolandbauförderung
[Umdruck 19/6288](#) - Baggergut aus dem Hamburger Hafen
[Umdrucke 19/6295 und 19/6346](#) - Abfluss der Coronamittel
[Umdruck 19/6328](#) - Umsetzungsstand von IT-Maßnahmen
[Umdruck 19/6347](#) - Vertretungsfonds
[Umdruck 19/6372](#) - Akteneinsichtsportal
[Umdruck 19/6386](#) - Vereinfachung der Steuererklärung
[Umdruck 19/6396](#) - Amtsgericht Pinneberg
[Umdruck 19/6397](#) - Verwaltungsvereinbarung „Brückenkomponente Albanien“
[Umdruck 19/6441](#) - Abrechnung von IT-Leistungen
[Umdruck 19/6350](#) und vertraulicher [Umdruck 19/6349](#) - ÖPNV-Rettungsschirm
vertrauliche [Umdrucke 19/6330 und 19/6334](#) - UKSH
vertraulicher [Umdruck 19/6431](#) - Ausschreibung Unterflurradsatzdrehbank

Der Finanzausschuss bittet das Umweltministerium, ihm den Zeitplan für die Verhandlungen mit Hamburg zum Thema Baggergut aus dem Hamburger Hafen mitzuteilen, und will das Thema im Januar 2022 auf die Tagesordnung setzen (Umdruck 19/6288). - Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer und Abg. Nielsen problematisieren die gegenwärtige Regelung, dass die von Hamburg gezahlten Gelder in das Stiftungsvermögen der Nationalparkstiftung fließen, und wünschen sich, dass die Gelder zielgerichtet für Maßnahmen an der Westküste ausgegeben werden könnten.

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass das Finanzministerium dem Ausschuss die Übersicht über den Mittelabfluss der Haushaltsmittel zur Bewältigung der Coronakrise mit Beginn des neuen Jahres nur noch alle zwei Monate vorlegt (Umdruck 19/6346).

Umdruck 19/6328 (Umsetzungsstand von IT-Maßnahmen) soll bei den Haushaltsberatungen im Zusammenhang mit Einzelplan 14 aufgerufen werden.

Umdruck 19/6386 soll Anfang Januar 2022 im Zusammenhang mit den Anträgen zur Vereinfachung der Steuererklärung für Senioren (Drucksachen 19/734 und 19/791) beraten werden.

Abg. Raudies erinnert an ihre in der Ausschusssitzung am 9. September 2021 an das Verkehrsministerium gerichtete Bitte, den Finanzausschuss darüber zu informieren, wann die Mittel des ÖPNV-Rettungsschirms an die einzelnen Verkehrsunternehmen ausgezahlt worden

seien (Umdruck 19/6350). - Das Wirtschaftsministerium sagt zu, die Begründung nachzuliefern, dass Umdruck 19/6349 (Sprechzettel zum ÖPNV-Rettungsschirm) vertraulich behandelt werden müsse.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke mit Ausnahme der [Umdrucke 19/6328](#), [19/6386](#), [19/6349](#) und [19/6431](#) zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

a) Der Finanzausschuss bedankt sich bei Frau Reese-Cloosters, der langjährigen Leiterin der Abteilung Haushalt und Beteiligungen im Finanzministerium, die in den Ruhestand geht, für die gute Zusammenarbeit.

b) Die nächsten Sitzungen des Finanzausschusses finden ganztägig am 1., 3. und 4. November 2021 statt (Haushaltsberatungen gemeinsam mit den Fachausschüssen). Der Finanzausschuss hält es nicht für erforderlich, Umdrucke künftig wieder in Papier zu verteilen.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer